

Auszug

aus dem Protokoll über die Sitzung des Kreistages des Landkreises Wittmund vom 27.06.2019

TOP 12	Antrag der Gruppe RotGrünPlus im Kreistag Wittmund für einen Kreistagsbeschluss zu einem "Sicheren Hafen" Vorlage: 0038/2019
---------------	---

Die Vorsitzende verweist auf die Vorlage.

Kreistagsabgeordneter Buss appelliert eindringlich, dem Antrag der Mehrheitsgruppe zuzustimmen. Gerade am heutigen Tag sei in den Tageszeitungen über die Flüchtlingstragödie in Mexico berichtet worden. Noch immer seien weltweit 70 Millionen Menschen auf der Flucht, auch aus dem Nahen Osten. Die Zustände in den Auffanglagern in Griechenland seien eine Schande und man frage sich, wo die Menschenwürde bleibe. Das Rücknahmegesetz sei eine Heuchelei. Er fragt, wo die viel gepriesene Willkommenskultur geblieben sei.

Kreistagsabgeordneter Schultz führt aus, dass ihm als Bootsführer eines Rettungsbootes die Gewissheit reiche, in jedem Hafen im Landkreis Wittmund willkommen, sicher und gut aufgehoben zu sein. Der Landkreis stehe für vorbildliche Integration von Flüchtlingen; daran sollte festgehalten werden.

Die Kernbotschaften des Antrages der Mehrheitsgruppe trage auch die CDU/FDP-Gruppe mit. Sie möchte allerdings keine plakative Darstellung mit neuen Plaketten an Ortsschildern und Verwaltungsgebäuden. Wichtiger sei die persönliche Haltung der Menschen im Kreisgebiet und in der Kreisverwaltung.

Kreistagsabgeordnete Maus (GRÜNE) berichtet, dass seit 2014 30.000 Menschen auf der Flucht ums Leben gekommen seien, davon 18.000 im Mittelmeer. Die "Lifeline-Seebrücke" sei gegründet worden, und es gebe mittlerweile 65 sichere Häfen. Sie ist der Meinung, dass nicht nur Großstädte, sondern auch ländliche Regionen die Flüchtlinge aufnehmen sollten. Es könne nicht sein, dass die Mittelmeerländer mit der Flüchtlingssituation allein gelassen werden. Ein christliches Land wie Deutschland dürfe die Menschen nicht ertrinken lassen.

Kreistagsabgeordnete Kube (AfD-Fraktion) ist der Meinung, dass wer in Seenot gerät, selbstverständlich gerettet werden müsse. Die Geflüchteten müssten mit dem Notwendigsten versorgt werden. Aber es gebe auch Personen aus Venezuela oder Kolumbien, die sich einen Flug leisten könnten und deshalb nicht zu den armen Leuten zählten. Europa sei nicht dafür da, diesen Menschen ein gutes Leben zu bieten. Sie befürworte den "Sicheren Hafen"; alles andere könne man nicht schaffen.

Kreistagsabgeordneter Reents (EBI) bestätigt, dass der Landkreis Wittmund seinen Verpflichtungen bisher nachgekommen sei und gerne helfe. Er sieht aber keinen aktuellen Handlungsdruck und erklärt, sich der Stimme zu enthalten.


Kreistagsabgeordneter Potzler (BFB) meint, dass man bei dem Elend im Mittelmeer und der konkreten Gefährdung der Menschen nicht tatenlos zusehen dürfe.




Gemäß Beschlussempfehlung des Sozialausschusses vom 13.05.2019 und des Kreis Ausschusses vom 23.05.2019 wird alsdann bei 1 Gegenstimme und 13 Stimmenthaltungen beschlossen:

1. Der Kreistag des Landkreises Wittmund bekennt sich zu seiner Verantwortung, Menschen zu helfen, die durch Krieg, Verfolgung und andere Notlagen ihre Heimat verlassen haben und in Deutschland Zuflucht suchen. Der Landkreis Wittmund hat mit der Unterstützung zahlreicher hauptamtlich und ehrenamtlich wirkenden Bürgerinnen und Bürger in den vergangenen Jahren den Geflüchteten Obdach und Hilfe gewährt und wird dies auch in Zukunft tun.
2. Der Landkreis Wittmund bietet der Bundesregierung an, Geflüchtete, die im Mittelmeer in Seenot geraten sind, im Rahmen der bestehenden Aufnahmeverpflichtungen aufzunehmen.
3. Unabhängig von den verschiedenen Positionen zur Asyl- und Migrationspolitik, die in diesem Kreistag vertreten sind, bekennt sich dieser Kreistag klar zum Menschenrecht auf Leben und körperliche Unversehrtheit.
4. Der Kreistag setzt ein klares Zeichen der Menschlichkeit und Offenheit dieses Landkreises und seiner Menschen und deklariert den Landkreis Wittmund zu einem „Sicheren Hafen“.
5. Der Kreistag Wittmund fordert die Vertreterinnen und Vertreter im Europaparlament, im Bundestag und im Niedersächsischen Landtag dazu auf, sich für die Erreichung folgender Ziele einzusetzen:
 - a. Die Bundesregierung setzt sich weiterhin und verstärkt für die Bekämpfung der Fluchtursachen ein, insbesondere für eine gerechtere und effektivere Entwicklungshilfepolitik und dafür, dass die Menschen auf dem Mittelmeer gerettet werden.
 - b. Die aktive Behinderung der Seenotrettung durch einige europäische Staaten muss umgehend beendet werden.
 - c. Die europäische Staatengemeinschaft muss ihrer Verantwortung bei der Seenotrettung gerecht werden und darf sich nicht auf die Arbeit Dritter verlassen oder den Tod von Menschen billigend in Kauf nehmen.

32/1

m. d. B. um weitere

Veranlassung.  14/05.19

b. 2
32.1/4 z.K. 
32.1/5 z.K. 
32.1/8 z.K. 
32.1/9 z.K. 